

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 36/39
Telex: 08 86 848 ppbn d

Inhalt

Willy Brandt MdB, Vorsitzender der SPD, Präsident der Sozialistischen Internationale, zur Ermordung von Indira Gandhi: Ein Schlag für alle, die um den Frieden besorgt sind.

Seite 1

Hans Urbaniak MdB, Mitglied im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages, befaßt sich mit der Profilneurose der NRW-"Liberalen": FDP gegen Montan-Mitbestimmung.

Seite 2

Eckart Kuhlwein MdB, Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Bildung und Wissenschaft des Deutschen Bundestages, kommentiert die Zustände im Hause Wilms: Beitrag zu Kohls Pannensammlung.

Seite 4

Rüdiger Reitz, Referent für Kirchenfragen beim SPD-Parteivorstand, macht auf den Umgang der CDU mit evangelischen Christen aufmerksam: Generalangriff auf den Kirchentag.

Seite 5

39. Jahrgang / 211

31. Oktober 1984

Die Welt hat eine große Staatsfrau verloren

Zur Ermordung von Indira Gandhi

Von Willy Brandt MdB
Vorsitzender der SPD
Präsident der Sozialistischen Internationale

Die Ermordung der indischen Ministerpräsidentin Indira Gandhi ist für ihr Land, aber auch für alle, die um den Frieden in der Welt besorgt sind, ein schwerer Schlag.

Unter der Führung Frau Gandhis ist Indien zu einem wichtigen Element der Bewegung der blockfreien Staaten in der Welt geworden. Ihr Bemühen um friedenssichernde Maßnahmen hat sich nicht auf Asien beschränkt. Sie hat vielmehr mit aller Kraft versucht mitzuhelfen, daß der zerstörerische Rüstungswettlauf zwischen den nuklearen Supermächten aufgehalten wird. Ihr war dabei mehr als anderen bewußt, in wie starkem Maße ein positiver Ausgang des Nord-Süd-Dialogs von einem Stop des Rüstungswahnsinns abhängt.

Mit Bewegung erinnere ich mich heute an die Begegnung, die ich im Juni dieses Jahres in New Delhi mit Indira Gandhi hatte. Mich hat dabei - wie auch schon bei früheren Anlässen - erneut ihr persönliches Engagement für einen vernünftigen Ausgleich zwischen den Völkern tief beeindruckt. Man spürte, wie sehr ihr immer vor Augen stand, daß die Zukunft ihres Landes auch davon abhängt, daß an die Stelle der Konfrontation die friedliche Zusammenarbeit zwischen den Staaten und Völkern tritt.

Indien und die Welt haben eine große Staatsfrau verloren.
(-/31.10.1984/ks/rs)

+ + +

FDP gegen Montan-Mitbestimmung

Die NRW-"Liberalen" wollten wieder in die Schlagzeilen kommen

Von Hans Urbanjak MdB

Mitglied im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages

Kaum noch mit einer realen Chance ausgestattet, in den NRW-Landtag zurückzukehren, sucht die FDP verzweifelt nach politischen Marktlücken. Einmal mehr wird von der FDP die Montan-Mitbestimmung als Quelle vielen, wenn nicht allen, Übels ausgemacht. Mit dem Anti-Mitbestimmungskurs will sich die FDP am rechten Rand profilieren, der CDU Stimmen wegfangen. Der regierenden SPD mag es recht sein, wenn die vermeintlichen NRW-Koalitionspartner CDU und FDP sich gegenseitig die Stimmen abjagen (oder es versuchen oder auch nur so tun). Dem rechten Block wird es in NRW nicht gelingen, mit einem Anti-Mitbestimmungskurs Stimmen ins eigene Lager herüberzuziehen. Ausgerechnet im Revier damit auf Stimmenfang zu gehen, ist schon reichlich abenteuerlich.

Der neue Spitzenkandidat der FDP in NRW, Achim Rohde heißt er, hat in einem Gespräch mit dem "Handelsblatt" seine Auffassung unterstrichen, die Montan-Mitbestimmung sei Hauptursache dafür, daß in NRW, speziell im Ruhrgebiet, alte Industriestrukturen zementiert worden seien. Das ist absurd, deshalb braucht man sich ja auch darüber überhaupt nicht aufzuregen. Professor Biedenkopf ist ein völlig unverdächtiger "Entlastungszeuge". Als der intelligente Professor noch Generalsekretär der Mitbestimmungskommission der Bundesregierung war (das ist lange her, nämlich zu Zeiten der großen Koalition Ende der 60er Jahre), hat er in seiner gründlichen Untersuchung über die Praxis der Mitbestimmung (konkret: der Montan-Mitbestimmung) festgestellt, daß die echte Mitbestimmung die Entscheidungsfindungen nicht behindert habe. Die echte Mitbestimmung hat die Strukturveränderungen nicht behindert, sie hat allerdings dafür gesorgt, daß dabei die Arbeitnehmer nicht auf der Strecke blieben - wenn das anders wäre, könnte man in der Tat auf die Mitbestimmung verzichten.

Der FDP-Spitzenkandidat Rohde ist sich bewußt, daß seine Forderung nach Abschaffung der Montan-Mitbestimmung auf erbitterten Widerstand der SPD und der Gewerkschaften stoßen werde - aber das sieht er offensichtlich gerade als seine Chance an. Nur: Weder SPD noch die Gewerkschaften werden diesen Spitzenkandidaten ernstnehmen. Sein Profilierungsversuch ist einfach zu durchsichtig billig angelegt. Sein "Angebot", einen "Teamegeist" zu fördern, kann man wirklich nicht ernstnehmen, denn seinen Vor-



schlag, eine angebliche "Interessenidentität von Unternehmensleitung und Belegschaft erkennen, bewahren und auszubauen", kann und muß man als bewußten Versuch zur Irreführung ansehen. Mitbestimmung ist tatsächlich eine intelligente Form der Konfliktregulierung, nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Der Anti-Mitbestimmungskurs der FDP hat, langfristig betrachtet, bereits Tradition. Die FDP hat 1951 das Montan-Mitbestimmungsgesetz abgelehnt. Auch in den Jahren danach, in den 50er und 60er Jahren, war die Mitbestimmung nicht gerade das Feld, auf dem sich die Liberalen zu profilieren suchten. Erst der Versuch zur gesellschaftspolitischen Erneuerung Ende der 60er Jahre verschob die Gewichte ein wenig. In den Freiburger Thesen konnte man zum Beispiel diesen Satz nachlesen: "Selbstbestimmung der Arbeitnehmer verlangt Mitbestimmung bei der Fremdbestimmung durch die Arbeitgeber." Damals wurde gar das notwendige Gleichgewicht von Kapital und Arbeit beschworen: "Wer seine Arbeitskraft zur Verfügung stellt, muß das Recht haben, mitzubestimmen, daher müssen diejenigen, die Kapital geben, als eigene Interessengruppe auf der einen Seite, diejenigen, die ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen, gleichgewichtig auf der anderen Seite, vertreten sein."

Diese Zeiten sind längst vergessen. Ab Mitte der 70er Jahre hatte die FDP nur ein Interesse, nämlich sogenannte leitende Angestellte überall durchzuboxen, von der Unternehmensmitbestimmung bis auf die Ebene der betrieblichen Vertretungen. Die Sprecherausschüsse sogenannter leitender Angestellter waren immer ein besonderes Lieblingskind der FDP. Die SPD hat in der Regierungsverantwortung zu verhindern gewußt, daß die Spaltung der betrieblichen Interessenvertretung der Arbeitnehmer bittere Realität geworden wäre.

Die Sicherung der Montan-Mitbestimmung hat die FDP schon zu Zeiten sozial-liberaler Koalition nach allen Regeln freidemokratischer Kunst zu verhindern getrachtet, deshalb konnte ja Anfang 1981 nur ein befristetes Sicherungsgesetz vom Deutschen Bundestag verabschiedet werden. Was der FDP-Spitzenkandidat Rohde jetzt aber losgelassen hat, nämlich die Substanz der Mitbestimmung direkt anzugreifen, ist selbst für die FDP neu. Die Wette gilt, daß der rechte Block von CDU und FDP damit keine Stimmen einfängt, möglicherweise aber unter sich neu verteilt. Für die konkrete Politik in Nordrhein-Westfalen ist das Gott sei Dank völlig irrelevant.

(-/31.10.1984/ks/rs)

+ + +



Bildungspolitik als organisiertes Chaos

Der Beitrag von Frau Wilms zu Kohls Pannensammlung

Von Eckart Kuhlwein MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Bildung und Wissenschaft
des Deutschen Bundestages

Die Bildungspolitik der Bundesregierung ist in den letzten Monaten durch organisiertes Chaos gekennzeichnet. Auf allen Feldern bundesstaatlicher Kompetenz wimmelt es von Widersprüchen, Abstimmungsmängeln, nicht eingelösten Ankündigungen und Fehlleistungen. Nach zwei Jahren Wendepolitik ist das Bildungsministerium keine erste Adresse mehr. Die Politik von Frau Minister Wilms wird heute weder von den eigenen Kabinettskollegen, noch von den unionsregierten Bundesländern ernst genommen. Das schadet den Interessen von Lehrstellenbewerbern, Auszubildenden, Schülern und Studenten.

Einige Beispiele aus der jüngsten Zeit:

1. Die Bundesministerin für Bildung und Wissenschaft geht mit der Ankündigung einer Aufstockung der Mittel für das Benachteiligten-Programm Anfang Oktober in die Bundespressekonferenz, ohne daß dafür die Zustimmung des Bundesminister der Finanzen vorgelegen hätte. Sie hat denn auch sehr viel weniger Geld dafür bekommen als sie hinter der vorgehaltenen Hand gefordert hatte.
2. Die Bundesbildungsministerin hat sich für "Essentialia" der geplanten HRG-Novellierung ein Votum der Bundestagsfraktion von CDU/CSU und FDP eingeholt, bevor sie über Eckwerte Konsens mit den Landtagsfraktionen und Landesregierungen der Union erzielt hätte. Das Haus hält das offenbar für besonders "klug". Das wird sich zeigen. Im sehr sensiblen Bereich der Rahmengesetzgebung des Bundes gehört es allerdings zur Regierungskunst, wenigstens den Versuch zu machen, eine mit den Ländern abgestimmte Vorlage zu erarbeiten.
3. Die Bundesbildungsministerin hat an vielen Stellen zugesagt, der BAföG-Kahlschlag bei den Schülern werde bei der anstehenden Reform des Familienlastenausgleichs durch eine schülerbezogene Komponente teilweise kompensiert. Sie ist damit - bis heute - beim Bundesminister der Finanzen gescheitert. Dennoch wird nach außen der Eindruck verbreitet, es werde zu einer Schülerkomponente beim neuen Kindergeld kommen. Damit werden falsche Hoffnungen geweckt.
4. Das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft hat in den letzten Tagen zunächst den Eindruck erweckt (Presseerklärung Pfeifer), die Augustzahlungen beim BAföG für Kollegiaten und Abendgymnasiasten und andere elternunabhängig geförderte Gruppen würden wieder aufgenommen. Das war eine Reaktion auf eine entsprechende Gesetzesinitiative der SPD-Bundestagsfraktion. Herr Pfeifer wird jedoch vom Pressesprecher des Ministeriums zurückgepfiffen. Es ist schwierig, die jeweils gültige Version des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft zu ermitteln. Es ist ein Beispiel für höhere Regierungskunst, daß in der Leitungsetage des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft offenbar jeder machen kann, was er will.

Frau Wilms ist auf dem besten Weg, ihren Beitrag zur Pannensammlung der Regierung Kohl zu leisten. (-/31.10.1984/ks/rs)

+ + +



Generalangriff auf den Kirchentag

Zu den Vorwürfen der CDU gegen die evangelische Laienbewegung

Von Rüdiger Reitz

Referent für Kirchenfragen beim SPD-Parteivorstand

Die CDU hat den Evangelischen Kirchentag aufs Korn genommen, noch ehe er begonnen hat (5. bis 9. Juni 1985 in Düsseldorf). Im Namen der "christlichen" Partei wurde das Präsidium des Kirchentages soeben belehrt, was am Kirchentag christlich, und was nicht, zu gelten hat. Ein Mann aus der Umgebung des Bundeskanzlers, der Staatsminister im Kanzleramt, Friedrich Vogel, wurde deutlich. Der Kirchentag wirkte - laut Meldung des Evangelischen Pressedienstes - zuweilen "wie der Resonanzboden jener Entwicklung, die die politische Bewegung der Grünen hervorgebracht" habe. Der Bielefelder Landtagsabgeordnete Gerhard Rödding gar verstieg sich zur Feststellung, der Kirchentag sei der "Nährboden einer totalitären Bewegung". Diese Worte fielen bei einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Wesseling bei Bonn.

Ist dies der Stil gegenwärtiger christdemokratischer Kirchenpolitik? Er beherrscht immer stärker den Ton auch in den Kirchengemeinden und Synoden. Er ist kein unwichtiger Grund dafür, daß die evangelische Kirche intern in steigendem Maße von Polarisierung bestimmt wird. Kann sich die evangelische Kirche gegen diese Eingriffe deshalb nicht wirkungsvoll genug zur Wehr setzen, weil die Besetzung kirchlicher Ämter durch CDU-Leute zur Fortsetzung der Unionspolitik im Bereich der Kirche geworden ist?

Die geschilderten Anwürfe gegen den Kirchentag und seine Leitungspersonlichkeiten sind burlesk. Waren doch christdemokratische Persönlichkeiten, seinerzeit gefragt, ob sie für die Präsidentschaft des Kirchentages kandidieren wollten, nicht zu bekommen. Man hatte eben niemand Vorzeigbaren zu benennen. Was also soll die nachträgliche Aggression aufgrund vertaner Chancen?

So wie jetzt ist noch nie ein Kirchentag von einer politischen Partei angegriffen worden. Dieser Vorgang unterstreicht, daß die CDU gegen Teile die Kirche, aber nicht mit der ganzen Kirche zu leben bereit ist. Jetzt ist die EKD gefragt, ob nicht der Zeitpunkt gekommen ist, dem Kirchentag und seinen Verantwortlichen Rückenstärkung zu geben, zumal der Kirchenbegriff unteilbar ist. Die EKD muß sagen, wo sie steht und wie sie zum Kirchentag steht.

Der Ratsvorsitzende selbst war es, der erst vor einem Monat in Bonn die Studie "Was wird aus der Kirche?" vorgestellt hat. Daraus geht unter anderem hervor, daß mehr evangelische Christen als je zuvor das gesellschaftspolitische Engagement der Kirche erwarten: 73 Prozent von ihnen für Entwicklungshilfe, 72 Prozent für die Unterstützung der Friedensbewegung, 54 Prozent für Arbeitslose und so weiter. Mit den Worten der EKD selbst: "Man erwartet von ihr (der Kirche), daß sie offen ist, aufgeschlossen und zeitnah, engagiert in den drängenden Gegenwartsproblemen."

Die EKD, das Land Nordrhein-Westfalen - um nur sie zu nennen - gewähren Zuschüsse für den Düsseldorfer Kirchentag. Sie finanzieren damit den "Nährboden einer totalitären Bewegung" - so die Logik der Regierungspartei CDU. Müssen die nervös sein!

(-/31.10.1984/ks/rs)

+ + +

